

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/210

Bonn, den 2. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Ein gutes Wort ----- Junge Katholiken schreiben an Willy Brandt	41
2 - 3	Pockum erschließt Energiequellen der Zukunft ----- Ruhr-Universität nimmt ihre Arbeit auf - Keine Burschen- herrlichkeit - Rationalisierung ist Trumpf Von Friedrich König	92
4	Akademische Würde und Bürde ----- Doktor-Titel... so oder so?	46
5	Luftüberwachung ----- Lücken im NATO-Bevölkerungsschutz	46

+ +

Ein gutes Wort

Junge Katholiken schreiben an Willy Brandt

sp - Die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) berichtet, daß am Freitag vergangener Woche junge Katholiken in Stuttgart nach einem Vortrag des Münchner katholischen Schriftstellers Carl Amery einen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin und Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, gerichtet haben, in dem die Unterzeichner die Haltung Willy Brandts gegenüber dem Hitlerregime respektieren.

In dem Brief an Willy Brandt heißt es wörtlich:

- * "Die Tatsache, daß Sie 1933 das Deutschland Hitlers verließen und während des Zweiten Weltkriegs die Uniform eines von Hitler überfallenen Landes trugen, wurde als Argument gegen Ihre Qualifikation zum Bundeskanzler benutzt. Die unterzeichneten Katholiken erklären, daß sie Ihre Entscheidung respektieren."

KNA berichtet weiter, die Unterzeichner des Briefes empfinden jeden Angriff auf diese persönliche Haltung Brandts

- * "als einen Angriff auf alle, die, ob Christen oder Sozialisten, von der Nazi-Tyrannie in die Verbannung, in die Haft oder in den Tod getrieben wurden".

Die Natur und die Methode solcher Angriffe sei deshalb als bewußte oder unbewußte Unterstützung des Nationalsozialismus und damit als eine ernsthafte Gefahr für die deutsche Demokratie zu betrachten.

Die jungen Katholiken, die diesen Brief unterschrieben haben, betonen, sie würden einem solchen Angriff immer entgegentreten, ganz gleich, ob er von unverbesserlichen Ehemaligen oder von christlich firmierenden Politikern vorgetragen werde.

Das ist ein gutes Wort, das hier von jungen deutschen Katholiken gesprochen wurde. Ob es nun von der Scham darüber diktiert worden ist, weil während des Wahlkampfes niemals die Stimme derjenigen laut wurde, die heute zwar politische Gegner der Sozialdemokratie sind, aber ebenso wie Willy Brandt gegen Hitler gestanden haben, ist hierbei unwesentlich. Die Tatsache allein, daß junge Katholiken, angeregt durch einen namhaften katholischen Schriftsteller, dieses befreiende Wort sprachen, wird sicher viel dazu beitragen, das durch die unterschwellige Propaganda gegen Willy Brandt ohne Zweifel geschädigte Ansehen Deutschlands zu heben. Man darf nur hoffen, daß den offenen Worten der jungen Katholiken nunmehr auch Worte von Frauen und Männern jener Generation folgen werden, von denen wir wissen, daß auch sie Gegner des verbrecherischen Hitlerregimes waren.

Bochum erschließt Energiequellen der Zukunft

Ruhr-Universität nimmt ihre Arbeit auf - Keine Burschen-
herrlichkeit - Rationalisierung ist Trumpf

Von Friedrich König

Auf stillgelegten Kohlengruben, die einst zum industriellen Aufschwung Deutschlands beigetragen haben, entsteht in Bochum eine moderne Universität. Hier soll die entscheidende Energiequelle der Zukunft erschlossen werden: - Wissen.

Die beiden ersten Hochschulen der Universität sind bereits errichtet. Die Geisteswissenschaften, die zentrale Bibliothek und die Verwaltung haben schon ihre Abteilungen bezogen. Die meisten Professoren sind ernannt. Interessierte Gäste aus vielen Ländern besuchen in diesen Wochen die Universität im Herzen des deutschen Industriezentrums.

Zum Wintersemester werden in Bochum zweitausend Studenten erwartet. Die Ruhr-Universität ist die erste von fünf, möglicherweise sieben, neuen Universitäten, die in der Bundesrepublik in den nächsten zwanzig Jahren geplant sind, um der bedrohten Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft aufzuhelfen.

Nicht nur unter den verärgerten Forschern und Professoren, sondern auch bei 260 000 Studenten wächst die Unruhe über die wachsende Bildungskrise. Ein Mangel an rund 50 000 Studienplätzen ist abzusehen, ohne daß durchgreifende Gegenmaßnahmen erkennbar wären. Zur gleichen Zeit, da die Ruhr-Universität ihre Tore öffnet, mehren sich Proteste und Demonstrationen über ungenügende Studienverhältnisse an den übrigen 31 Universitäten und Hochschulen des Bundes.

Platz für 15 000 Studenten

Die Ruhr-Universität - sie wird fast zweieinhalb Milliarden Mark kosten bis zu ihrer Fertigstellung in etwa zehn Jahren - soll Ausbildungsmöglichkeiten für 15 000 Studenten bieten. Sie entsteht am Rande der Industriestadt. Noch gibt es keinen blauen Himmel über der Ruhr. Das neue Kraftzentrum des Wissens ist etwas ganz anderes als die gelegentlich ziemlich weitfremder Bildungsstätten europäischer akademischer Tradition. Die mächtigen Bauten aus Stahl und Beton sind keine "Elfenbeintürme" für versponnene Träumer. Mit den Baustellen und himmelragenden Kränen ringum wirkt das Universitätsgelände heute eher wie eine Raketenbasis.

Man will hier nichts wissen von verstaubter Operettenromantik im Stile "Alt-Heidelbergs" und nichts von überholten mittelalterlichen Stilelementen. Bewußt haben die verantwortlichen Planer beim Bau der Ruhr-Universität an die nüchternste Wirklichkeit dieses Landesweils angeknüpft.

An der Ruhr werden sich die Studenten zum Beispiel nicht mehr für umständliche Testate bei ihren Professoren anstellen müssen. Jeder hat seinen eigenen Studiausweis, dessen unterer Rand auf einem Metallstreifen seine Nummer trägt. Bei Teilnahme an einer Vorlesung drückt der Student seinen Ausweis in eine Registrieruhr, die seine Anwesenheit weitermeldet. Ein automatischer Index erspart den Universitätsangehörigen das Warten auf Auskünfte über Vorlesungen und Fachliteratur. Das Elektronenzentrum erteilt nach wenigen Knopfdrücken im Handumdrehen die gewünschten Auskünfte.

Die Essenausgabe in der Mensa ist rationalisiert wie in einer modernen Werkskantine. Man kann bis zu 5 000 Studenten in der Stunde versorgen.

Traditionalisten haben bereits über den bei uns noch ungewöhnlichen Industriestil im Hochschulbereich die Nase gerümpft. Niemand zwingt sie, in Bochum zu lernen oder zu forschen. Die Zukunft wird zeigen, welches System zeitgemäßer und wirkungsvoller ist. Die alten Universitäten geraten mehr und mehr aus den Fugen. Sie sind nicht mehr in der Lage, dem steigenden Interesse an besserer Ausbildung Rechnung zu tragen. Die Zahl der Studenten hat sich in den letzten fünfundsiebzig Jahren nahezu verdoppelt - die Zahl der Professoren und Dozenten ist vergleichsweise kaum gestiegen. Das liegt nicht zuletzt an vorsichtflutlichen Zuständen in vielen Hochschulinstituten, die fähige Nachwuchskräfte abschrecken.

Bochum will ein Beispiel geben

Versachlichung tut not. Dessen ist man sich in Bochum wohl bewußt. An der Ruhr will man ein Beispiel geben, wie auch in der Bundesrepublik das akademische Leben auf "Stromlinien" gebracht werden kann. Sogar die Gebäude sind nach Berechnungen elektronischer Computer entworfen worden, damit ein Höchstmaß an Rationalisierung erreicht wird. Eine kleine "Fabrik" auf dem Baugelände stellt am laufenden Band Betonbauteile bis zu 30 Tonnen Gewicht her, die kaum acht Stunden nach dem Guss an Ort und Stelle von Mamutkränen versetzt werden.

Die gesamte Anlage entsteht nach amerikanischem Campus-Muster. Man plant 19 Fachgebiete, darunter Theologie, Atomphysik und Orientalistik. Die traditionellen Schranken zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft wird es in Bochum nicht geben. Für altmodische akademische Eifersüchteleien zwischen Fachrichtungen ist hier kein Platz. Zusammenarbeit aller Gebiete ist das Ziel. Man will dem ursprünglichen Arbeitsgedanken der Universität als einer Stätte umfassenden wissenschaftlichen Strebens auch im Zeitalter der Spezialisierung wieder näher kommen.

13 Hochbauten vorgesehen

Alle Fachgebiete werden auf dem Universitätsgelände in fünfzehn Hochbauten untergebracht. Einige Gebäude sollen zwölf und dreizehn Stockwerke hochgezogen werden. Jeder Bau ist mit allen anderen durch überdeckte Wege verbunden. Eine Tiefgarage für 5 000 Autos ist vorgesehen. Jeder Hörsaal ist in zehn Minuten erreichbar.

Eine eigene Straße führt in die Innenstadt. Rund um die Hochschule entsteht ein Wohnviertel für die Universitätsangehörigen und ihre Familien. Man rechnet mit etwa 25 000 Personen, die sich in modernen Wohnungen wohlfühlen sollen. Die Universität bekommt ein eigenes Kraftwerk mit Heizzentrale. Ein Krankenhaus mit 3 500 Betten ist ebenfalls geplant.

Jeder Dritte der Bochumer Studenten wird in schönen Wohnheimen wesentlich besser und preiswerter unterkommen als seine Kommilitonen in anderen Großstädten, wo man ihnen miese Buden für enorme Mieten zumutet. Großzügige Sportanlagen bieten Abwechslung in der Freizeit, und mit gestautem Wasser der Ruhr entsteht ein drei Kilometer langer See, auf dem gesegelt und gerudert werden kann.

Akademische Würde und Bürde

Doktor-Titel... so oder so ?

R. - Eine schwere Straftat kann die Doktorwürde kosten. Ein Fall, der in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt hatte, betraf einen Kaufmann, der bei einem Verkehrsunfall den Schwerverletzten hilflos liegen ließ. Die Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen, wo der Kaufmann 1926 promovierte, entzog ihm das verliehene Prädikat. Klagen des Kaufmanns vor den Verwaltungsgerichten wurden verworfen und auch das Bundesverwaltungsgericht verwarf die Beschwerde gegen diese Maßnahme. Die Entziehung des Doktor-Titels wurde rechtskräftig. Damit ist der seltene Fall eingetreten, daß ein verliehener Doktor-Titel wieder abgesprochen worden ist. Es wäre sicher interessant, ähnliche Fälle aufzuführen, wo aus ehrenrührigen, kriminellen oder anderen Gründen eine Aberkennung des Titels durch Universitäten ausgesprochen worden ist.

Die Aberkennung eines Doktor-Grades wirft aber ein weiteres Problem auf, dem bisher alle Universitäten, Gelehrten und Ämter aus dem Wege gegangen sind.

Es gibt eine Reihe Personen, die in der Nazizeit einen Doktor-Grad für Habilitationsschriften erhalten haben, deren Inhalt jenseits ernster wissenschaftlicher Arbeiten liegt. Die betreffenden "Doktores" vertraten pseudowissenschaftliche Propagandathesen, die einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht standhalten, also wortlos sind. Die rassistischen Aftorweisungen jener "Nazitheoretiker", haben sogar einen geistig-kriminellen Aspekt. Personen, die derartige "Theorien" vertraten, waren an dem blutigen Handwerk der Erschießungskommandos meist zwar nicht direkt beteiligt; ihre sogenannten Dissertationen, Artikel usw. halfen jedoch entscheidend mit, jene Unmoral der Tötungsmaschinerie "geistig" zu untermauern. Wenn der einfache SS-Mann Schulze, unbedarft von allem biologischen Rüstzeug, die rassistischen Ergüsse eines "gelehrten" Doktors gelesen hatte, so mußte bei der Autorität, die diesem Stand zukauf und zukommt, in ihm auch der letzte Skrupel beseitigt werden. Wieviel die "Wissenschaftler" dieser Gattung zu der "Erldösung für minderwertige Rassen" beigetragen haben, das ist nicht nur eine Frage, die die Politik angeht, es ist vielmehr eine Frage der Wissenschaften selbst. Es ist notwendig, sich auch von diesem Unrat zu reinigen. Bei den Dissertationen fing es an und bei Vivisektionen (man verzeihe den Ausdruck) an Menschen hörte es auf. Natürlich will jeder heute unter Zwang gehandelt haben. Auf die Dauer sollte dieses Problem nicht vor sich hergeschoben werden in der stillen Hoffnung, irgendwie wird es schon die Zeit selbst bereinigen.

Die Aberkennung eines Doktor-Titels bei schweren Straftaten, sollte keine Ausnahme sein, die weit schwereren Folgen der geistigen Vorbereitung oder Rechtfertigung zur **V e r n i c h t u n g** "Minderwertiger" sollten eigentlich zu gleichen Ergebnissen führen.

Luftüberwachung

Lücken im NAEO-Bevölkerungsschutz

ni.- Niemand weiß, wie es mit der NATO weitergehen wird. Jedenfalls ist noch ungewiß, welche Konstruktion der Nordatlantische Verteidigungspakt erhalten wird, wenn alle Wünsche der Partnermächte, (vor allen die der Franzosen) im Hinblick auf den nächsten Kündigungstermin berücksichtigt werden. Es wäre aber gut, wenn vorweg und rechtzeitig eine vertragliche Vereinbarung über das Luftkontrollsystem der NATO geschaffen würde.

Es geht hier einfach darum, daß nicht an der Luftüberwachung gerüttelt werden darf, denn sie dient dem humanitären Zweck, die Bevölkerung rechtzeitig zu warnen. Der Bevölkerungsschutz in ganz Westeuropa steht und fällt mit dem reibungslosen Funktionieren eines internationalen Luftkontrollsystems vom Nordkap bis zur Osttürkei. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung in der nächsten Zeit ihr Augenmerk auch diesem Problem zuwenden würde. Auch der zivile Bevölkerungsschutz in der Bundesrepublik ist von der Luftüberwachung und dem reibungslosen Nachrichtenaustausch der sie umgebenden Staaten abhängig.

Gerade in diesen Tagen ist die NAEO mit einem Projekt herausgekommen, das die Luftraumkontrolle und Luftabwehrführung in Europa vervollständigen soll. Es geht hier um ein Infrastruktur-Programm in Höhe von 1,2 Milliarden DM. Innerhalb von drei Jahren soll ein hochmodernes Nachrichtennetz aufgebaut und das bestehende weiterentwickelt werden. Noch bessere Radargeräte sind zu installieren. Ihre Reichweiten in Richtung Osten werden noch weiter gehen und praktisch den ganzen europäischen Teil Rußlands abdecken. Es geht hier allein um den humanitären Schutz der Zivilbevölkerung. Sie muß rechtzeitig gewarnt und vor heranfliegenden Raketen oder Kampfflagzeugen geschützt werden können.

Es ist vielleicht bitter, daß die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten wieder einmal den Löwenanteil der Kosten für das neue Luftkontrollsystem übernehmen sollen. Aber wie die Dinge liegen, wird der Bundesrepublik nichts anderes übrigbleiben als 240 Millionen DM von den 1,2 Milliarden DM für die Einrichtung der fünfzig Radar- und Nachrichtenstationen zu übernehmen. Das aber dürfte die Bundesrepublik berechtigen, darauf zu drängen, daß die Einheitlichkeit und Austauschbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse im ganzen Luftkontrollsystem gewahrt bleibt.

Schon die jetzige Konstruktion ist nicht gerade zufriedenstellend. Man sollte sie unter Abbau der nationalen Interessen verbessern. Leider werden auch Radar- und Fernmeldestationen in den meisten NATO-Staaten nur national besetzt und in Gang gehalten. In der Bundesrepublik haben sich sogar die drei westlichen Besatzungsmächte eine gewisse Befehlsgewalt vorbehalten und die deutsche Souveränität hier eingeschränkt. Es käme also darauf an, überall einen gleichen internationalen Befehlsetatus zu schaffen und in der Bundesrepublik selbst rivalisierende Belange der westlichen Besatzungsmächte zugunsten einer vollständigen NATO-Konstruktion abzubauen.